

3. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

27. Jänner 1954

96/J

Anfrage

der Abg. Aigner, Preubler, Probst und Genossen
 an den Bundesminister für Inneres,
 betreffend Optionsgesetz für Volksdeutsche.

-.-.-.-

Nach den gegenwärtigen gesetzlichen Bestimmungen haben Volksdeutsche ihr Ersuchen um Verleihung der Staatsbürgerschaft bei der nach ihrem Wohnsitz zuständigen Landesregierung einzubringen.

Es wird aus den Kreisen dieser Einwohner unserer Republik darüber Klage geführt, daß die Einbürgerungsgesuche monate-, ja jahrelang liegen geblieben sind. Ob es sich hiebei nur um bürokratische Saumseligkeit oder um die Ausübung eines bestimmten politischen Druckes handelt, sei dahingestellt. Der Prozeß gegen den ehemaligen Bezirkshauptmann von Tulln, Sykora, hat jedenfalls gezeigt, daß in vereinzelten Fällen für die Verleihung von Staatsbürgerschaften seitens einer bestimmten Partei Spenden verlangt wurden.

Es scheint daher den gefertigten Abgeordneten an der Zeit, mit diesen Praktiken Schluß zu machen und den Volksdeutschen durch ein Optionsgesetz die Möglichkeit zu bieten, die österreichische Staatsbürgerschaft durch die bloße Erklärung zu erwerben, daß sie Staatsbürger der Republik Österreich sein wollen.

Es wurde auch nach dem Ende des ersten Weltkrieges den Einwohnern der neu entstandenen Nachfolgestaaten die Möglichkeit eröffnet, durch Option die österreichische Staatsbürgerschaft zu erwerben. Das soll jetzt auch allgemein für die volksdeutschen Heimatvertriebenen durchgeführt werden.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Inneres die nachstehende

Anfrage:

Ist der Herr Bundesminister bereit, dem Nationalrat den Entwurf eines Bundesgesetzes vorzulegen, ^{Grund} auf dessen volksdeutsche Heimatvertriebene, die in Österreich wohnen, die österreichische Staatsbürgerschaft durch Option erwerben können?

-.-.-.-.-